

Nachhaltige Entwicklung und Geschlechterverhältnisse: Überlegungen zur Konzeption nachhaltiger Arbeit

Beate Littig

Einleitende Bemerkungen zur Operationalisierung Nachhaltiger Entwicklung

Die öffentliche Nachhaltigkeitsdiskussion wird inzwischen von der Vorstellung des so genannten Drei-Säulen-Modells dominiert, demgemäß eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung gleichermaßen ökologische, wirtschaftliche und soziale Zielsetzungen verwirklichen soll. Warum es sich dabei um diese drei und nicht um noch mehr Säulen handelt (etwa zusätzlich eine kulturell-ästhetische Säule oder eine politisch-institutionelle) ist nicht unmittelbar einsichtig.¹ Doch angesichts der Kompromisshaftigkeit realpolitischer, gar globaler Absichtserklärungen ist diese Dreiteilung erklärbar: Sie gibt den LobbyistInnen und VertreterInnen unterschiedlichster Interessen die Möglichkeit, sich zum Thema Nachhaltige Entwicklung zu Wort zu melden – angefangen von WirtschaftsvertreterInnen und WirtschaftspolitikerInnen, über UmweltaktivistInnen und -politikern bis zu feministischen Gruppen und entwicklungspolitischen NGOs. So begrüßenswert die Artikulation unterschiedlicher Interessen aus demokratiepolitischer Sicht auch sein mag, ihre gleichrangige Behandlung ist damit längst nicht gegeben. Die vielfach beschworenen »win-win-Konstellationen« nachhaltiger Entwicklung beinhalten bestenfalls ökologische und ökonomische Gewinne. Ökologische Forderungen, die die ökonomische Profitmaximierung behindern oder gar zu Verlusten führen, sind dagegen nur in Ausnahmefällen realisierbar, und soziale Rücksichtnahme ist unter neoliberalen Bedingungen ohnehin immer weniger umsetzbar.

Strittig ist inzwischen aber weniger das Drei-Säulen-Modell selbst als vielmehr die Operationalisierung der Leitziele innerhalb der drei Säulen. Am meisten Unklarheit herrscht dabei über die Bestimmung der sozialen Leitziele, weniger bei den ökonomischen. Diese unterscheiden sich ja nach Urheberschaft (HBS 2000, Kopfmüller et al 2001, Österreichische Bundesregierung 2002). Viel weniger umstritten sind die ökologischen Zielsetzungen.² Sie umfassen in den meisten Fällen die Reduktion des Ressourcen- und Energieverbrauch, den Erhalt der Biodiversität sowie eine generelle Verbesserung der Umweltqualität. Um nicht bei der Formulierung hehrer Ziele stehen zu bleiben, werden die Leitziele in der Regel mit Indikatorenlisten verknüpft, anhand derer der Fortgang nachhaltiger Entwicklung gemessen und überprüft werden soll. Im Fall der ökologischen Dimension sind dies in den meisten Fällen Kilogramm, Tonnen, Joule oder ähnliche

quantitativ messbare Größen. Erheblich schwieriger ist dagegen die Operationalisierung und Indikatorenbildung für die ökonomische und soziale Dimension. Oftmals handelt es sich dabei um eine eher unsystematische Ansammlung von Voraussetzungen, Zielsetzungen und Bedingungen, die nur selten theoretisch begründet werden. Insbesondere mit Blick auf die soziale Dimension scheint in vielen Fällen ungeklärt, was das »Soziale« kennzeichnet, welchen Dynamiken und Brüchen es unterliegt. Zugleich droht durch die Integration (durchaus wünschenswerter) zu meist kurz- bis mittelfristiger ökonomischer und sozialer Zielsetzungen in das Drei-Säulen-Modell eine Überfrachtung nachhaltiger Entwicklung, die aufgrund ihrer Hyperkomplexität politisch irrelevant zu werden droht. Dabei hatte Nachhaltige Entwicklung gemäß der ursprünglichen Anliegen der Brundtlandkommission (WCED 1987) klare Zielsetzungen, nämlich erstens die Grundbedürfnisse der Armen zu befriedigen und zweitens Entwicklungspfade einzuschlagen, die auch zukünftigen Generationen die begrenzten Naturressourcen erhält. Diese primär umwelt- und entwicklungspolitisch motivierte Zieldefinition war darauf ausgerichtet, der Umweltzerstörung aufgrund von Armut im Süden und der Umweltzerstörung aufgrund verschwenderischer Konsum- und Lebensstile im Norden Einhalt zu gebieten. Im Zentrum stand der langfristige Schutz ökologischer Systeme und Ressourcen durch eine entsprechende Wirtschafts-, Sozial- und Entwicklungspolitik.³

Die folgenden Ausführungen nehmen das ökologische Primat nachhaltiger Entwicklung zum Ausgangspunkt und versuchen darauf aufbauend systematisch die Idee nachhaltiger Entwicklung im Kontext moderner Arbeitsgesellschaften zu verorten. Geschlechterpolitische Überlegungen werden bei den Ausführungen zum gegenwärtigen Wandel fordistischer Arbeitsgesellschaften und den neuen Konzepten nachhaltiger Arbeit dargelegt.

Gesellschaftliche Naturverhältnisse und Nachhaltige Entwicklung⁴

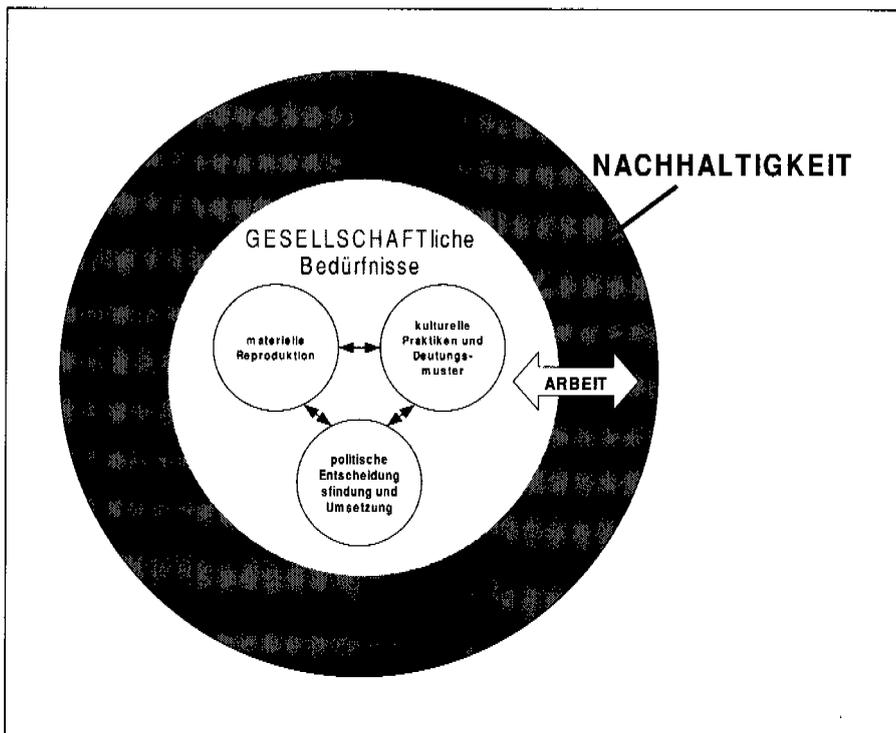
»Sustainable development is development which meets the needs of the present without comprising the ability for future generations to meet their own needs« (WCED 1987, 43). Nachhaltige Entwicklung richtet sich also auf die Beziehungen⁵ zwischen Natur und Gesellschaft die langfristig funktionsfähig sein sollen, und zwar so, dass auch zukünftige Generationen ihre Bedürfnisse werden befriedigen können. Es geht also zunächst darum, die materiellen Beziehungen zwischen Gesellschaft und Natur nachhaltig zu gestalten.⁶ Insofern ist der Nachhaltigkeitsbegriff anthropozentrisch. Das normative Postulat nach intergenerativer Gerechtigkeit im Hinblick auf die Bedürfnisbefriedigung kann nun, je nachdem wie weit man den Begriff der Bedürfnisse definiert, enger oder weiter gefasst werden. Je nachdem verändert sich auch das Verständnis davon, was ein menschenwürdiges Leben ausmacht. Versteht man unter Bedürfnissen Grundbedürfnisse wie Ernährung, Wohnen, Kleidung, Sexualität, Gesundheitsversorgung, eine gesundheitsverträgliche Umwelt und Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen, körperliche Unversehrtheit sowie Absicherung bei Krankheit, im Alter und in sozialen Notlagen, dann geht es in erster Linie um die langfristige Sicherung der materiellen Grundlagen menschlicher Existenz.⁷ Erweitert man den Bedürfnisbegriff um immaterielle Bedürfnisse wie Bildung, Kultur, Erholung/Frei-

zeit, soziale Beziehungen, Selbstverwirklichung (vgl. Maslow 1960) müssen für deren Befriedigung erheblich größere Handlungsspielräume und Handlungschancen eröffnet werden. Erst dadurch werden die Voraussetzungen für die Einzelnen geschaffen, selbst für ein menschenwürdiges Leben Sorge tragen zu können.

Zur Bedürfnisbefriedigung sind Gesellschaften auf die Aneignung und Verarbeitung natürlicher Ressourcen angewiesen.⁸ Die Austauschprozesse zwischen Gesellschaft und Natur sind in erster Linie über Arbeit im weitesten Sinn vermittelt. Zugleich ist Arbeit, jedenfalls in modernen Arbeitsgesellschaften, das zentrale Organisations- und Strukturierungsprinzip von Gesellschaft. Darauf soll weiter unten noch ausführlich eingegangen werden.

Ein zentraler Motor für Gesellschaft und Vergesellschaftung dürfte in der Schaffung der Möglichkeit zur Bedürfnisbefriedigung im weitesten Sinn zu finden sein (vgl. z.B. Malinowski 1944/1988). Um Bedürfnisse befriedigen zu können, sind in unterschiedlichen Gesellschaften unterschiedliche Funktionssysteme ausgebildet, deren Ausdifferenzierung jedoch erheblich variiert. Von diesen Funktionssystemen kommt innerhalb der Nachhaltigkeitsdiskussion Ökonomie, Politik und Kultur – wenn auch nicht systematisch begründet – besondere Bedeutung zu (vgl. Becker/Jahn/Stiecs 1999). Diese drei interdependenten Funktionssysteme, die nur in der analytischen Betrachtung voneinander getrennt werden können, spielen eine zentrale Rolle bei der Vermittlung und Regelung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Inhaltlich sind diese drei ausgewählten Systeme in erster Linie funktional bestimmt: Als zur Ökonomie gehörig werden diejenigen Leistungen, Institutionen und Infrastrukturen im agrarischen, industriellen und Dienstleistungssektor verstanden, die der (materiellen) Reproduktion dienen. Zum Funktionssystem Ökonomie gehören sowohl die formellen, monetär vermittelten als auch die informellen wirtschaftlichen Tätigkeiten sowie der Konsum der produzierten Waren und Dienstleistungen. Das politische Funktionssystem umfasst die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung und deren Umsetzung in entsprechenden Handlungen und Institutionen. Das kulturelle Funktionssystem beinhaltet alle kulturellen Praktiken und Deutungsmuster einer Gesellschaft, die sich in Lebensstilen und Lebensformen, gesellschaftlichen Ordnungen und ihren Legitimationen (z.B. die Geschlechterordnung), Wert- und Wahrheitsvorstellungen, Religion und dergleichen niederschlagen. Kulturelle Praktiken und Deutungsmuster sind über verschiedene Kulturen betrachtet hochgradig divergent und historisch wandelbar. Sie stellen den Rahmen dar innerhalb dessen ökonomische und politische Prozesse geformt und begründet werden.

Die folgende Abbildung stellt die bislang vorgetragenen Überlegungen modellhaft dar.



Nachhaltige Entwicklung als normatives Leitbild für die Regelung sozial-ökologischer Prozesse zielt also zunächst auf das gesellschaftliche Management natürlicher Ressourcen, das langfristig (über Generationen) eine gerechte Verteilung der Ressourcen und somit den langfristigen Erhalt der ökologischen Grundlagen gesellschaftlicher Reproduktion gewährleisten soll. Geht man davon aus, dass gegenwärtig die gesellschaftlichen Naturverhältnisse nicht nachhaltig sind, also langfristig keinen Bestand haben werden, dann ist nach dem dargelegten Verständnis der gesellschaftlichen Naturverhältnisse die Neuorientierung von Ökonomie, Politik und Kultur entscheidend für eine Kursänderung gesellschaftlicher Entwicklung in Richtung Nachhaltigkeit.

Bei der Neuregelung der sozial-ökologischen Beziehungen geht es nach diesem Verständnis also um soziale Veränderungsprozesse, die sowohl der Dynamik gesellschaftlichen Wandels als auch der Dynamik ökologischer Systeme Rechnung tragen müssen. Insofern geht es weniger um die Aufrechterhaltung bestehender Strukturen oder Qualitäten, als vielmehr um sozial-ökologische Transformationen, die mit großer Prognoseunsicherheit verbunden sind (vgl. Becker/Jahn/Stiebs 1999, 6). Angesichts dieser Unsicherheiten und der Komplexität und Dynamik gesellschaftlichen Wandels wäre es fatal, nur einen besten Weg zur Nachhal-

tigkeit zu deklarieren. Stattdessen erscheint es angemessener, auf der Basis einer sorgfältigen Analyse nicht-nachhaltiger Entwicklungen eine Vielzahl von Wegen zur Nachhaltigkeit zuzulassen (z.B. Reusswig 1998), nicht zuletzt auch deshalb, um die Dominanz westlicher/nördlicher Nachhaltigkeitsmodelle gegenüber Alternativen aus dem Süden zu unterminieren. Gleichwohl sind die Entwicklungspfade nicht beliebig zu wählen. Sie müssen vielmehr im Einklang mit den zentralen normativen Leitideen von Nachhaltigkeit stehen. Ihren normativen Gehalt bezieht die Idee der sozialen Nachhaltigkeit aus drei zentralen normativen sozialen Prinzipien, die den auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio beschlossenen Dokumenten zugrunde liegen:

1. Recht auf ein menschenwürdiges Leben für alle,
2. intergenerative, intragenerative und internationale Gerechtigkeit,
3. Partizipation aller gesellschaftlichen Akteursgruppen.

Geleitet von den genannten normativen Prinzipien muss die Lösung der globalen sozial-ökologischen Krise aber in der grundlegenden Veränderung der vorherrschenden umweltzerstörenden Produktions- und Konsumtionsweisen (nach nördlichem Vorbild) gesucht werden. Diese Perspektive führt zur Infragestellung gesellschaftlicher Organisationsprinzipien, an zentraler Stelle der (post-)fordistischen Erwerbs-Arbeitsgesellschaften und ihrer inhärenten Massenproduktion und (kompensatorischen) Massenkonsumtion.⁹ Diese Überlegungen sollen im Folgenden weiter ausgeführt werden.

Zur Konzeption nachhaltiger Arbeit

Wie bereits oben erwähnt ist der Austausch zwischen Gesellschaft und Natur über Arbeit vermittelt¹⁰. Die arbeitsvermittelten Stoffwechselprozesse zwischen Natur und Gesellschaft unterliegen historischen Transformationsprozessen. Moderne Gesellschaften sind Arbeitsgesellschaften, die die Stoffwechselprozesse mit der Natur, den messbaren Mengendurchfluss, im Vergleich zu früheren Gesellschaftsformationen um ein vielfaches gesteigert haben (Fischer-Kowalski 1998). Arbeit ist aber in den modernen Arbeitsgesellschaften nicht nur Mittel zur Naturaneignung und zur Sicherung menschlicher Existenz und Bedürfnisbefriedigung. Vielmehr ist Arbeit – reduziert auf Erwerbsarbeit – in modernen Gesellschaften das herausragende Strukturierungsprinzip gesellschaftlicher Ordnung. Die Erwerbs-Arbeitsgesellschaft ist ein Produkt der Neuzeit und dadurch charakterisiert, dass die Erwerbsarbeit höher bewertet wird als viele andere Tätigkeiten, die zum menschlichem Leben gehören (Senghaas-Knobloch 1998).

Auf die Krisenanfälligkeit dieses Arrangements hat Arendt in einem inzwischen schon berühmten Zitat hingewiesen: »Was uns bevorsteht, ist die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, also die einzige Tätigkeit auf die sie sich noch versteht. Was könnte verhängnisvoller sein?“ (Arendt 1981, 11f). Spätestens seit den 80er Jahren wird diese Warnung auch in Europa infolge wachsender Arbeitslosigkeit unter dem Schlagwort »Krise der Arbeitsgesellschaft“ thematisiert. Zur Diskussion stehen dabei tief greifende strukturelle Wandlungsprozesse der Erwerbsarbeit, steigende Arbeitslosenzahlen und Verarmungstenden-

zen, Wertewandel, frauenpolitische Forderungen nach einer Neuordnung der geschlechterdifferenzierenden Arbeitsteilung und nicht zuletzt auch umweltpolitische Einwände gegen die herrschenden Produktions- und Konsumtionsweisen (vgl. die Beiträge in Bosch 1998).

Präziser wäre es in diesem Zusammenhang, von der Krise der männlich-erwerbsarbeitszentrierten Gesellschaft zu sprechen, der eine »Feminisierung« in mehrfacher Hinsicht widerfährt: »Man kann gleichsam von einer »Feminisierung« der Arbeit im doppelten Sinn sprechen: Feminisierung bedeutet zum einen die steigende Zahl erwerbstätiger Frauen. ... Feminisierung bedeutet zum anderen eine Prekarisierung und Informalisierung von Arbeitsverhältnissen: der Anstieg diskontinuierlicher Erwerbskarrieren, ungeschützter Arbeitsverhältnisse, nicht-existenzsichernder Teilzeitarbeit und befristeter Arbeitsverträge« (Sauer 1999, 230). An die Stelle der weitgehend regulierten Erwerbs-Arbeitsbedingungen (Gesetze und Tarifverträge), quasi standardisierten Erwerbs-Arbeitsstrukturen (Normalarbeitszeit, Normalbiographie, Beruflichkeit) und relativ homogenen sozialen Großgruppen (ungelehrte Arbeiter, Facharbeiter und Angestellte) ist die Ausdifferenzierung und Globalisierung der (Erwerbs-)Arbeit getreten.

Darüber hinaus ist das erwerbsarbeitszentrierte fordistische Gesellschaftsmodell aus feministischer Sicht umfassend kritisiert worden, sowohl wegen der Vernachlässigung seiner geschlechterdifferenzierenden Voraussetzungen (weibliche Reproduktionsarbeit, Familienernährmodell), als auch wegen der Benachteiligung von Frauen in der Erwerbswelt (Lohndiskriminierung, Zugangsbarrieren usw.). Zugleich betonen aber feministische Theoretikerinnen die zentrale Bedeutung der Erwerbsarbeit sowohl für die Lebensorientierung der einzelnen Gesellschaftsmitglieder als auch für das Gemeinwesen.

Betrachtet man nun die Vorschläge zur Behebung der Krise lassen sich diese grob in zwei Gruppen einteilen (vgl. Senghaas-Knobloch 1998): erstens erwerbsarbeitszentrierte und zweitens solche, die um einen neuen, erweiterten Arbeitsbegriff und eine Neubewertung von Arbeit bemüht sind. Zu letzteren zählen auch Beiträge von ökofeministischer Seite, die eine grundlegend neue normative Orientierung des Wirtschaftens verlangen.

»Dominant in der politischen Arena sind nach wie vor erwerbsarbeitszentrierte Strategien. Und innerhalb dieser Gruppe sind es nach wie vor die auf Wachstum und Investitionsförderung ausgerichteten Strategien. Das Stichwort heißt hier Deregulierung, verstanden als das Beiseiteräumen von Hemmnissen für Investitionen, von denen unterstellt wird, dass sie das Wirtschaftswachstum ankurbeln, auf deren Beschäftigungswirksamkeit gesetzt wird. Als Maßnahmen werden der Abbau bestehender Regulierungen um Arbeitszeit, Tarif- und Steuerrecht sowie die Senkung von Sozialstandards empfohlen« (Senghaas-Knobloch 1998, 15). Zu den erwerbsarbeitszentrierten Strategien zählt Senghaas-Knobloch (1998) auch solche der Arbeitszeitverkürzung, von denen umverteilende Wirkungen erhofft werden; ebenso die Einführung einer negativen Einkommenssteuer (z.B. Scharpf 1994), ökologisch motivierte preiskorrigierende Energieeffizienzförderung (Weizsäcker et al 1997) sowie G. Schmidts Konzept der Übergangsmärkte (2000) zur Beschäftigungssicherung in arbeitsbiographischen Übergangsphasen.

Im Zentrum der Diskussion um nachhaltige Arbeit stehen Strategien der oben genannten zweiten Gruppe, also solche die einen neuen erweiterten Arbeitsbe-

griff und eine Neubewertung von Arbeitstätigkeiten und deren institutionelle und sozialstaatliche Absicherung durch ein einkommensunabhängiges Grundeinkommen bemüht sind (u.a. Giarini/Liedtke 1998, Beck 1998, Bergman 1997, BUND/Miscor 1996, HBS 2000). Von diesen neuen Mischformen wird zum einen erwartet, dass sie die drohenden Identitäts- und Einkommensverluste durch sinkende Erwerbsarbeitsmöglichkeiten kompensieren könnten und zugleich Potentiale für eine Ökologisierung der Arbeits- und der Lebensstile enthalten.

Explizit als Konzeption nachhaltiger Arbeit wird die der »Mischarbeit« deklariert, die im so genannten Verbundprojekt »Arbeit und Ökologie« von verschiedenen deutschen Forschungseinrichtungen erarbeitet worden ist (HBS 2000).¹¹ Mischarbeit, die als ein leitbildartiger Typ neuer Vollbeschäftigung vorgestellt wird, ist zentraler Bestandteil sozialer Nachhaltigkeit; sie soll neue Handlungsräume für soziale und ökologische Wege zu mehr Lebensqualität eröffnen und von ergänzender sozialer Sicherung begleitet werden. Das Konzept der Mischarbeit knüpft an grundlegende Wandelprozesse in der gegenwärtigen Arbeitsgesellschaft an und verlangt eine zugleich normative (orientiert an Nachhaltigkeit) wie auch realistische (durch sozialökologische Reformen erreichbare) Erweiterung des vorherrschenden Erwerbsarbeitsbegriffs. Mischarbeit soll sowohl Erwerbsarbeit, als auch Eigenarbeit, Versorgungsarbeit und Gemeinschaftsarbeit umfassen und an die Stelle des bereits heute erodierten Normalarbeitsverhältnisses treten (HBS 2000, 30 ff). Daraus resultiert ein Mischeinkommen und eine Mischqualifizierung zur Erfüllung der unterschiedlichen Arbeitsanforderungen. Mischarbeit ist bereits heute für eine wachsende Personengruppe Realität, in Bezug auf Lebensqualität jedoch völlig unterschiedlich zu beurteilen; diese hängt von ihrer politischen Ausgestaltung ab (Hildebrandt 1999). Die Formulierung eines »erweiterten Arbeitsbegriffs« begründet vor allem die Reduktion der Erwerbsarbeit zugunsten der Mischarbeit. Arbeitszeitverkürzung und die materielle wie normative Aufwertung der bislang informellen Arbeitsleistungen soll es jeder Frau und jedem Mann ermöglichen, in allen Arbeitsbereichen ohne materielle Einbußen zu partizipieren.

Aus feministischer Sicht ist die Idee eines neueren Leitbildes der Arbeit, eines »erweiterten Arbeitsbegriffs«, grundsätzlich zu begrüßen, trägt er doch der langjährigen Kritik der Frauennforschung am erwerbsarbeitszentrierten Arbeitsbegriff des wissenschaftlichen Mainstreams Rechnung. Dessen Kurzsichtigkeit zeigte sich auch in der Debatte um Umwelt und Arbeit, die die Mehrarbeit von Frauen im Haushalt aufgrund von Umweltschutzanforderungen erst gar thematisierte (vgl. Littig 2001). Aber auch in den neuen propagierten Ansätzen eines erweiterten nachhaltigen Arbeitsbegriffs sind erhebliche Defizite bei der Rezeption feministischer Erkenntnisse zur geschlechterdifferenzierenden Arbeitsteilung festzustellen. Es ranken sich einige Mythen um den ansatzweise aufgewerteten informellen Sektor. Zum einen fällt auf, dass der Hausarbeit und Familienarbeit in diesen Konzepten kaum Aufmerksamkeit geschenkt wird. Vielmehr stehen Vorstellungen einer nichtentfremdeten handwerklichen Eigenarbeit und einer gemeinschaftsstiftenden zivilgesellschaftlichen Bürgerarbeit in Initiativen und Selbsthilfegruppen im Vordergrund. Von feministischer Seite ist dagegen vielfach Skepsis gegen eine weitere Entmonetarisierung und Entprofessionalisierung der zivilgesellschaftlichen wie Pflege- und Sorge-Arbeit geäußert worden, da sie allzu leicht als schlecht bezahlte Arbeit in erster Linie Frauen überlassen bleibt (vgl. die Beiträge in Behning 1997

und Stolz-Willig/Vcil 1999). Stattdessen wird viel stärker auf die Schaffung gesicherter Erwerbsarbeitsplätze in der (bislang) informellen Ökonomie gesetzt. Nicht zuletzt wird eine gleichwertige Verteilung der Haus- und Familienarbeit zwischen Männern und Frauen verlangt, die nachdrücklicherer Methoden als der eines Appells an die Motivation der Geschlechter bedarf. Verlangt werden vielmehr eine entsprechende Infrastruktur für die Kinderbetreuung und pflegebedürftiger Angehöriger sowie symbolische Maßnahmen zur Umverteilung der reproduktiven Arbeit z.B. eine entsprechende Verankerung im Familienrecht oder eine steuerliche Absetzbarkeit von Haushaltshilfen.¹² Diese Forderungen nehmen auch die Erosion der kleinfamiliären Haushaltsstrukturen zur Kenntnis, die sich in hohen Scheidungszahlen (serielle Monogamie anstelle lebenslanger Ehe) und einem hohen Anteil von vergleichsweise einkommensschwachen Alleinerziehenden (vor allem Frauen) ausdrücken (Goldberg 1997).

Ökologische Überlegungen spielen allerdings bei den feministischen Stellungnahmen und Vorschlägen zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft keine Rolle. Eine Ausnahme davon stellen die öko-feministisch orientierten Konzepte zu Neugestaltung der Arbeitsgesellschaft dar.¹³ Davon sollen zwei erwähnt werden:

1. Die subsistenzwirtschaftliche Alternative, die als »Bielefelder Ansatz« aufgrund der Verarbeitung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse von Frauen in den so genannten Entwicklungsländern von Mies und Bennholdt-Thomsen (1997) und von der indischen Ökofeministin Shiva (Mies/Shiva 1993) propagiert wird. Die Grundidee besteht in der primären Förderung subsistenzwirtschaftlicher Versorgungsarbeit, die zugleich Frauenbefreiung und Konsumbefreiung bringen soll, indem sie von den Zwängen des kapitalistischen und patriarchalen Erwerbsarbeitsystems befreit.

2. Das vorsorgende Wirtschaften verlangt in der Tradition der feministischen Kritik der Ökonomie nach neuen Leitprinzipien für das Wirtschaften (Jochimsen/Knobloch 1997, Hofmeister 1999):

- Vorsorge statt Nachsorge,
- Kooperation statt Konkurrenz und
- Orientierung an Bedürfnissen statt an abstrakten monetären Werten.

Die Realisierung dieser Prinzipien halten die Vertreterinnen des »vorsorgenden Wirtschaftens« nicht für utopisch. Vielmehr sehen sie diese bereits heute in vielen Lebensbereichen in der Erwerbsarbeit, insbesondere aber in der reproduktiven Sphäre der Haus- und Gartenwirtschaft (jedenfalls in Ansätzen) verwirklicht (Hofmeister 1999). Für die Konzeption und Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung sind nach Einschätzung der Vertreterinnen die ökonomie-kritischen Analysen und die Leitprinzipien des »Vorsorgenden Wirtschaftens« eine wichtige Voraussetzung (Hofmeister 1999, Biesecker 1999). Erst eine Sichtweise auf das »Ganze des Wirtschaftens«, also ein erweitertes Ökonomieverständnis, das wirtschaftliches Handeln in die natürliche Mitwelt und die soziale Lebenswelt einbettet, ermöglicht die Entwicklung eines erweiterten, nachhaltigen Arbeitsbegriffes, der an Kooperation, Vorsorge und der Orientierung am Lebensnotwendigen ausgerichtet ist (Hofmeister 1999, Biesecker 1999). Damit werden die Prinzipien »vorsorgenden Wirtschaftens« auch zum Bezugspunkt für eine Ökologisierung der bestehenden Erwerbsarbeit.

Während der Ansatz des »vorsorgenden Wirtschaftens« stärker an der Lösung

der ökologischen Probleme interessiert ist, ist die »Subsistenzperspektive« dezidiert feministisch, entwicklungskritisch und global angelegt. Diese Perspektive löste immer wieder heftige Debatten und permanente Distanzierungen insbesondere im Kontext der westdeutschen Frauenbewegung und Frauenforschung aus (Braidotti et al 1994, Bennholdt-Thomsen/Mies 1997). Sowohl der geforderte Verzicht auf die Annehmlichkeiten des Konsums als auch die (Wieder-)Herstellung subsistenzwirtschaftlicher Lebensweisen halten viele der Kritikerinnen des Ansatzes jedenfalls unter industriegesellschaftlichen Bedingungen für nicht durchsetzbar. Außerdem halten viele die Darstellung der traditionellen bäuerlichen Lebensweisen, insbesondere im Hinblick auf die gesellschaftliche Stellung der Frauen, für idealisiert und stereotyp. Weder wird bei dem Ansatz zwischen Frauen unterschiedlicher sozialer Lagen und Herkunft unterschieden, noch wird die kulturelle Bedingtheit des weiblichen Rollenstereotyps thematisiert. Grundlegende Zweifel wurden auch gegenüber der unterstellten und positiv bewerteten Naturnähe von Frauen geäußert, die den meisten öko-feministischen Ansätzen gemeinsam ist (Braidotti et al 1994, Mellor 1997).

Einige dieser Kritikpunkte werden auch gegenüber dem Ansatz des »vorsorgenden Wirtschaftens« erhoben (Knapp 1997). Auch beim »vorsorgenden Wirtschaften« wird Frauen eine besondere Nähe zu subsistenzwirtschaftlichem Handeln und Wissen zugeschrieben. Das zentrale moralische Prinzip des Ansatzes, die Vorsorge, die die herrschende Ökonomie erneuern soll, wird aus primär weiblichen Fähigkeiten des Versorgens und Vorsorgens (caring) abgeleitet (Biesecker 1997, Jochimsen/Knobloch 1997, Hofmeister 1999). In der Auseinandersetzung mit dieser Kritik weist eine Vertreterin des Ansatzes darauf hin, dass damit keineswegs essentialistische Vorstellungen eines weiblichen, sorgenden Seins verbunden sind (Hofmeister 1999, 91). Vielmehr findet das Erlernen und Einüben von Handlungsweisen und Kompetenzen im Sinne einer vorsorgenden Ökonomie insbesondere im Versorgungsbereich, dem primären Verantwortungsbereich von Frauen, statt. Deshalb sei Vorsorge aber nicht an sich »weiblich« (Hofmeister 1999, 91). Vielmehr gelte es, beiden Geschlechtern den Zugang sowohl zu erwerbs- wie versorgungswirtschaftlichen Tätigkeiten im gleichen Umfang zu ermöglichen (ebenda). Denn letztlich gehe es darum, diese beiden getrennten Ökonomien und ihre jeweils gültigen Handlungsprinzipien im Sinne nachhaltigen Wirtschaftens zu einem Ganzen zu verbinden (Hofmeister 1999, Biesecker 2000). Ein weiterer Kritikpunkt wirft dem Ansatz realitätsfernes Denken vor, da er von einem harmonischen Nebeneinander zweier Ökonomien ausgeht, statt deren strukturelle Abhängigkeit und asymmetrische Stellung zueinander zu erkennen (Knapp 1997, Peters 1998). Dabei wird die Wirksamkeit moralischer Forderungen für eine Veränderung der herrschenden Ökonomie und der Ausbeutung von Natur und Frauen grundsätzlich infrage gestellt (Peters 1998). Dem entgegnet etwa Hofmeister, dass das Konzept des »vorsorgenden Wirtschaftens« bewusst parteilich und normativ sei, und dass es das Hauptanliegen sei, explizit auf die Bedeutung von Ethik und Moral für das Wirtschaften, zumal für ein nachhaltiges Wirtschaften, hinzuweisen (Hofmeister 1999, 91).

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Ausgangspunkt der vorangegangenen Ausführungen war die Verortung des Nachhaltigkeitspostulats im Gefüge der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Betont wurde dabei, dass die Austauschprozesse zwischen Gesellschaft und Natur der gesellschaftlichen Bedürfnisbefriedigung dienen. Es wurde festgestellt, dass diese sozial-ökologischen Austauschprozesse maßgeblich über Arbeit vermittelt sind. Zugleich ist (Erwerbs-)Arbeit in modernen (Erwerbs-)Arbeitsgesellschaften der Drch- und Angelpunkt der gesellschaftlichen Ordnung, wie auch der individuellen Lebensentwürfe und Existenzsicherung. Die geschlechterdifferenzierende Arbeitsteilung und das damit verbundene kleinfamiliale Geschlechterarrangement ist ein wichtiges Kennzeichen moderner Arbeitsgesellschaften und ihrer globalen Verflechtungen (Littig 2001).

Aufgrund dieser Zusammenhänge komme ich zu folgenden Schlussfolgerungen für die Konzeption einer nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung: Ein zentraler Ansatzpunkt für deren Konzeption muss die Neuorganisation der gesellschaftlichen Arbeit und damit zusammenhängend der sozialen Sicherungssysteme sein.

Der starken Erwerbsarbeitszentrierung gegenwärtiger Arbeitsgesellschaften ist dabei Rechnung zu tragen; nicht nur im Hinblick auf die Einkommenssicherung, sondern insbesondere mit Blick auf die psycho-sozialen Funktionen von Erwerbsarbeit (Zeitstrukturierung, Identität usw.) und die bürgerschaftliche Integration aufgrund der hohen sozialen Anerkennung durch Erwerbsarbeit. Spezifisch weibliche Lebenslagen sind bei der Konzeption nachhaltiger Arbeit unbedingt zu berücksichtigen; und wenn auch nur aus dem einen Grund, dass Gender Mainstreaming in den offiziellen Nachhaltigkeitsdokumenten (Kap. 24 der Agenda 21, vgl. United Nations 1992) mit sehr klaren und sehr weit reichenden Forderungen nach der sozialen, ökonomischen und rechtlichen Gleichstellung der Geschlechter verankert ist (Littig 1998). Die Ökologisierung von bestehender Erwerbsarbeit hat bei der Restrukturierung höchste Priorität. Nimmt man die feministischen Analysen der geschlechtlichen Arbeitsteilung ernst, so ist die Schaffung neuer umweltverträglicher Erwerbsarbeitsplätze in der bislang informellen Ökonomie eine wichtige Strategie zur weiteren Arbeitsmarktintegration von Frauen.

Das sozial-ökologische Nachhaltigkeitspostulat und feministische Forderungen an die geschlechtergerechte Verteilung von Arbeit zusammenführend komme ich zu folgenden Mindestanforderungen für nachhaltige Arbeit; diese sind:

- Die Ökologisierung von bestehender Erwerbsarbeit und die Schaffung neuer umweltverträglicher Erwerbsarbeitsplätze für die Sicherstellung einer umwelt-, gesundheits- und sozialverträglichen Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen.
- Die geschlechtergerechte Umverteilung der gesamten gesellschaftlich notwendigen Arbeit, so dass es allen möglich ist, ein ausreichendes individuelles Einkommen auf der Basis von nützlicher und öffentlich anerkannter Arbeit zu erzielen (unter anderem durch Arbeitszeitverkürzung).
- Lebenslange Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Arbeitsformen (Arbeitszeitarrangements, Arbeitsbereiche) und Lebensformen bei angemessener individueller sozialer Sicherung.

Diese genannten Punkte zielen auf eine Ausweitung der formellen Ökonomie unter sozial und ökologisch verträglichen Bedingungen. Dahinter steht die Skepsis, dass (wie oftmals in der Nachhaltigkeitsdiskussion angenommen) in der informellen Ökonomie und in zivilgesellschaftlichen Institutionen umweltverträglichere Praktiken leichter voranzutreiben sind als in der formellen Ökonomie und Politik. Das Nachhaltigkeitsmainstreaming (und Gender Mainstreaming) der Erwerbsarbeit schließt die sinnvolle Ergänzung mit Eigen-, Versorgungs- und Gemeinschaftsarbeit nicht aus. Letztlich bedarf aber eine umwelt-, sozial-, wirtschafts- und geschlechterpolitische Reformstrategie der rechtlichen und politischen Absicherung; und diese scheinen mir für die öffentliche (formelle) Arbeit leichter herstellbar und kontrollierbar zu sein als im Privaten.

Anmerkungen

- 1 Es gibt allerdings einige wenige AutorInnen, die der politischen Dimension als eigene Säule nachhaltiger Entwicklung spezielle Aufmerksamkeit widmen (z.B. Kopfmüller et al 2001).
- 2 Sieht man einmal von dem grundsätzlichen Streit ab zwischen einer tiefgrünen Auffassung (deep ecology), dass ökologische Systeme einen Eigenwert und damit eine menschenunabhängige Existenzberechtigung haben und einer leichtgrünen (shallow ecology), die ein instrumentelles Verhältnis von Natur als Mittel menschlicher Bedürfnisbefriedigung annimmt (Pepper 1996, Littig 2001).
- 3 Der Brundtlandreport empfahl den Entwicklungsländern ganz in der Tradition nachholender Modernisierung zur Bekämpfung der Armut ein erhöhtes Wirtschaftswachstum durch eine forcierte industrielle Entwicklung. Ging der Brundtlandbericht noch von der Notwendigkeit eines exponentiellen Wachstums sowohl in den Entwicklungsländern mit 5–6% als auch in den Industrieländern mit 3–4% aus, ist inzwischen klar, dass ein derartiges Wachstum von der Erde nicht verkraftbar sein dürfte (vgl. Meadows et al 1992). Von den KritikerInnen dieser Wachstumsprognose wurde angeführt, dass die Studie den umweltschonenden Effekt von Umweltschutztechnologien überschätzt und die sparsamen innovativen Technologien zur Ressourcenschonung und Umweltentlastung nicht ausreichend sind. Vielmehr verlangten sie eine Ergänzung technischer Spar- und Reduktionspotentiale durch die Substitution technischer Produkte sowie durch entsprechende ökonomische Rahmenbedingungen und durch soziale Innovationen (z.B. BUNID/Miscor 1996). Grundlegende Kritik an den entwicklungs- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen des Brundtland-Berichts äußerten P. Tijmes und R. Luijf, die darauf hingewiesen haben, dass der Bericht die wirtschaftswissenschaftliche Annahme von Knappheit unreflektiert in eine ökologische Ökonomie übernehme und daraus einzig die Notwendigkeit eines besseren wirtschaftspolitischen Managements von Armut ableite. Traditionell bedingte sozio-kulturelle Unterschiede im Umgang mit Mangel würden völlig außer acht gelassen und die Modernisierung traditioneller Gesellschaften nach westlichem Vorbild unhinterfragt empfohlen (vgl. Tijmes/Luijf 1995).
- 4 Für die anregende Diskussion dieser Überlegungen danke ich herzlich meinem Kollegen Erich Griebler.
- 5 »Gesellschaftliche Naturverhältnisse« im Plural soll darauf hinweisen, dass es in modernen Gesellschaften eine Vielzahl von ökonomischen, politischen und kulturellen Regelungen und Praktiken gesellschaftlicher Naturbezüge gibt (vgl. Jahn/Wehling 1998, 85).
- 6 Natur ist für die Soziologie ein problematischer Begriff, stehen doch Naturalisierungen sozialer Prozesse traditionell unter Ideologieverdacht. Aus soziologischer Perspektive ist Natur das Resultat sozialer Konstruktionen in Diskursen und Interaktionen. Das heißt nicht, dass es Natur nicht gibt, aber es gibt keinen epistemologisch sicheren Beweis dafür, dass es so etwas wie reine Natur (ausserhalb des Sozialen) gibt (van den Daele 1992).
- 7 Die Definition von Grundbedürfnissen spielte in der entwicklungspolitischen Diskussion der 70er Jahre eine wichtige Rolle, auch wenn eine endgültige Einigung über den Umfang der Liste der basalen Bedürfnisse nicht erzielt werden konnte (vgl. Nagel 1985). Auch in der soziologischen

Theorie hat die Bestimmung von menschlichen Grundbedürfnissen eine lange Tradition. So baute etwa Malinowski (1988) seine Gesellschaftstheorie auf einer Theorie menschlicher Bedürfnisse auf, die allerdings kaum den soziologischen Mainstream beeinflusst hat. Eine gewisse Berühmtheit erlangte in den letzten Jahren dagegen Maslows (1960) Bedürfnispyramide im Kontext der Diskussionen um den Wertewandel von materialistischen zu postmaterialistischen Wertorientierungen (Inglehart 1990).

- 8 An dieser Stelle soll angemerkt werden, dass alle Formen menschlicher Bedürfnisbefriedigung, auch die der »immateriellen« Bedürfnisse, materielle Austauschprozesse zwischen Mensch und natürlicher Umwelt implizieren. Denn auch die Befriedigung immaterieller menschlicher Bedürfnisse ist an den menschlichen Körper gebunden, der, um überhaupt leben zu können, in einem ständigen Stoffwechselprozess mit seiner Umwelt verbunden ist.
- 9 Auf die Diskussion, in welchem Stadium der Transformation sich die gegenwärtigen Gesellschaften – postfordistisch, postmodern oder doch noch fordistisch – befinden, kann hier nicht näher eingegangen werden (im Überblick: Mayer 1999). Was den ökologischen Stoffdurchsatz angeht ist – trotz Cyberspace und »immaterieller« Informationstechnologien – jedenfalls kein Rückgang zu verzeichnen.
- 10 In der neueren Diskussion um Ökologie und Arbeit wird auf den Arbeitsbegriff von K. Marx und F. Engels rekurriert, demzufolge Arbeit eine Grundbedingung menschlicher Existenz ist. Im Arbeitsprozess eignet sich der Mensch mittels Arbeit und unter Zuhilfenahme eines Arbeitsinstruments Natur in Form eines Arbeitsgegenstands an (Schmidt 1971). Die destruktive Seite des Arbeitsprozesses, die unbeabsichtigten Nebenfolgen und ökologischen Konsequenzen, werden im Rahmen des produktiven Arbeitsbegriffs von Marx und Engels nicht nachdrücklich berücksichtigt. Dennoch ist der Arbeitsbegriff wie ihn Marx und Engels entwickelt haben bemerkenswert, enthält er doch im Gegensatz zu vielen späteren sozialwissenschaftlichen Arbeitsbegriffen, die Vorstellung eines menschlichen Stoffwechsels mit der Natur (Fischer-Kowalski 1997, Foster 1999).
- 11 Dieses Großprojekt wurde von 1998–2000 im Auftrag der deutschen Hans-Böckler-Stiftung (Stiftung des deutschen Gewerkschaftsbundes) vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB), dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie (WI) und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ausgeführt. Ziel des Projektes war es, unter Berücksichtigung unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen Perspektiven für eine nachhaltige Arbeitsgesellschaft zu entwickeln.
- 12 Für weitere Maßnahmen soll an die nach wie vor aktuelle und umfangreiche Forderungsliste des österreichischen Frauenvolksbegehren von 1997 erinnert werden: www.uff.at.
- 13 Feministische Beiträge zum Thema Nachhaltigkeit und Arbeit beschränken sich größtenteils auf dekonstruierende Kommentare. So wurde etwa die Studie »Zukunftsfähiges Deutschland« (BUND/Misereor 1996) ausführlich von feministischer Seite wegen seiner Geschlechterblindheit gegenüber weiblichen Arbeitsleistungen kritisiert (Stichwort »Feminisierung des Umweltschutzes«; vgl. zusammenfassend Littig 2001).

Literatur

- Arendt, Hannah (1981): *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, München (englisch (1958): *The Human Condition*, University of Chicago Press)
- Beck, Ulrich (1999): *Schöne neue Arbeitswelt*, Frankfurt and New York
- Becker, Egon/Jahn, Thomas/Stiebs Immanuel (1999): *Exploring uncommon Ground: Sustainability and the Social Sciences*; in: Becker, Egon/Jahn, Thomas (Hg.): *Sustainability and the Social Sciences. A cross-disciplinary approach integrating environmental considerations into theoretical reorientation*, London, 1–22
- Behning, Ute (Hg.) (1997): *Das Private ist ökonomisch. Widersprüche der Ökonomisierung privater Familien- und Dienstleistungen*, Berlin
- Bennholdt Thomsen, Veronika/Mies, Maria (1997): *Eine Kuh für Hillary. Die Subsistenzperspektive*, München
- Bergmann, Fritjof (1997): *Die Neue Arbeit: Skizze mit Vorschlag*; in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 48/9–10, 524–534
- Biesecker, Adelheid (1997): *Für eine vorsorgende Wirtschaftsweise notwendige (neue?) Insti-*

- tutionen; in: Diskussionskreis »Frau und Wissenschaft« (Hg.), Ökonomie weiterdenken! Beiträge von Frauen zu einer Erweiterung von Gegenstand und Methode, Frankfurt am Main and New York, 53-77
- Bosch, Gerhard (Hg.) (1998): Zukunft der Erwerbsarbeit. Strategien für Arbeit und Umwelt, Frankfurt am Main and New York
- Braidotti, Rosi/Charkiewicz, Ewa/Häusler, Sabine/Wieringa, Saskia (1994): Women, the Environment and Sustainable Development. Towards a Theoretical Synthesis, Zed Books in association with INSTRAW, London and New Jersey
- BUND/Misereor (Hg.) (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Studie des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Basel/Boston/Berlin
- CSD (Commission for Sustainable Development) (1996): Indicators for Sustainable Development. Framework and Methodology, <http://www.un.org/esa/sustdev/isd.htm>
- Daele, Wolfgang van den (1992): Concepts of Nature in Modern Societies and Nature as a Theme in Sociology; in: Dierkes, Meinolf/Biervert, Bernd (Hg.): European Social Sciences in Transition. Assessment and Outlook, Campus Verlag und Westview Press, Frankfurt am Main, Boulder and Colorado, 526-560
- Empacher, Claudia/Wehling, Peter (1999): Indikatoren sozialer Nachhaltigkeit. Grundlagen und Konkretisierungen, ISOE DiskussionsPapiere 13, hg. v. Institut für sozial-ökologische Forschung, Frankfurt am Main
- Fischer-Kowalski, Marina (1997): Society's metabolism: on the childhood and adolescence of a rising conceptual star; in: Redclift, Michael/Woodgate, Graham (Hg.): The International Handbook of Environmental Sociology, Edward Elgar, Cheltenham UK/Northampton MA/USA, 119-137
- Fischer-Kowalski, Marina (1998): Zum magischen Dreieck von Lebensqualität, Wohlstand und gesellschaftlichem Stoffwechsel; in: Littig, Beate (Hg.): Ökologie und soziale Krise oder: Wie zukunftsfähig ist die Nachhaltigkeit? Wien, 17-44
- Foster, John B. (1999): Marx's Theory of Metabolic Rift: Classical Foundations for Environmental Sociology; in: American Journal of Sociology, 105 (2), 366-405
- Giarini, Orio/Liedtke, Patrick M. (1998): Wie wir arbeiten werden, Der neue Bericht an den Club of Rome, Köln
- Goldberg, Christine (1997): Die Einstellungen der ÖsterreicherInnen zu post-modernen Lebensformen im internationalen Vergleich; in: SWS-Rundschau, 37.Jg., 371-388
- HBS (Hans Böckler Stiftung) (Hg.) (2000): Wege in eine nachhaltige Zukunft. Ergebnisse aus dem Verbundprojekt Arbeit und Ökologie, Düsseldorf
- Hildebrandt, Eckart (1999): Arbeit und Nachhaltigkeit, Wissenschaftszentrum Berlin (Hg.): Discussion Paper Nr. P99-502, Berlin
- Hofmeister, Sabine (1999): Über die Produktivität des Reproduktiven. Der Beitrag des Konzepts »Vorsorgendes Wirtschaften« zum Nachhaltigkeitsdiskurs; in: Weller, Ines/Hoffmann, Esther/Hofmeister, Sabine (Hg.) (1999): Nachhaltigkeit und Feminismus: Neue Perspektiven – Alte Blockaden, Bielefeld, 73-98
- Inglehart, Ronald (1990): Culture Shift in Advanced Industrial Society, Princeton University Press, Princeton
- Jahn, Thomas/Wehling, Peter (1998): Gesellschaftliche Naturverhältnisse – Konturen eines theoretischen Konzepts; in: Brand, Karl-Werner (Hg.): Soziologie und Natur, Opladen, 75-93
- Jochimsen, Maren/Knobloch, Ulrike (1997): Making the hidden visible. The importance of caring activities and their principles for any ecology; in: Women, Ecology and Economics 10/1997, special issue, 107-112
- Knapp, Ulla (1997): Ökofeministisch Wirtschaften? Eine Polemik gegen den Haushalt als Ausgangspunkt allgemeiner Richtlinien; in: Ökologisch Wirtschaften, 3/4 1997, Spezial Nachhaltiges Wirtschaften – eine feministische Perspektive, 9-12
- Kopfmüller, Jürgen et al. (2001): Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachtet. Konstitutive Elemente, Regeln, Indikatoren, Berlin
- Littig, Beate (1998): Nachhaltige Entwicklung für Frauen, gegen Frauen, von Frauen? Konzepte nachhaltiger Entwicklung aus frauenpolitischer Sicht; in: Littig, Beate (Hg.): Ökologie und soziale Krise oder: Wie zukunftsfähig ist die Nachhaltigkeit? Edition VHS, Wien, 140-159

- Littig, Beate (2001): *Feminist Perspectives on Environment and Society*, London Harlow et al, Pearson Education
- Malinowski, Bronislaw (1988): *Eine wissenschaftliche Theorie der Kultur*. Suhrkamp, Frankfurt/Main (Englisch: (1944): *A Scientific Theory of Culture*, Chapel Hill)
- Maslow, Abraham H. (1960): *A Theory of Human Relations*; in: Heckmann, I.L. J./Huneryager, S.G. (Hg.): *Human Relations in Management*, South-West-Publishing Co, Cincinnati, 122-144
- Mayer, Kurt (1999): *Auf dem Weg zum Postfordismus. Bemerkungen über das Verhältnis von Ökonomie und Politik in der Formierung von »Globalisierung«, »Standortkonkurrenz« und neoliberaler Hegemonie*, in: Althaler, Karl. (Hg.): *Primat der Ökonomie? Über Handlungsspielräume sozialer Politik im Zeichen der Globalisierung*, Marburg 133-168
- Meadows, Donella H./Meadows, Denis L./Randers, Jörgen (1992): *Beyond the limits. Confronting global collaps, envisioning a sustainable future*, Chelsea Green Publishing
- Mellor, Mary (1997): *Feminism and Ecology*, New York University Press, New York
- Mies, Maria/Shiva, Vandana (1993): *Ecofeminism*, Zed Press, London
- Nagel, Günther (1985): *Grundbedürfniskonzepte der Entwicklungspolitik*, München
- Österreichische Bundesregierung (2002): *Österreichs Zukunft nachhaltig gestalten. Die österreichische Nachhaltigkeitsstrategie*, Wien
- Pepper, David (1996) : *Modern Environmentalism. An Introduction*, Routledge, London and New York
- Reusswig, Fritz (1998): *Syndrome nicht-nachhaltiger Entwicklung. Versuch zu einem neuen Bild des Globalen Wandels*; in: Littig, Beate (Hg.): *Ökologie und soziale Krise oder: Wie zukunftsfähig ist die Nachhaltigkeit?* Wien, 45-57
- Sauer, Birgit (1999): *»Es rettet und (k)ein höh'eres Wesen ...«*. Neoliberale Geschlechterkonstrukte in der Ära der Globalisierung; in Stolz-Willig, Brigitte/Veil, Mechthild (Hg.), 215-239
- Scharpf, F.W. (1994): *»Negative Einkommenssteuer« – ein Programm gegen Ausgrenzung*. In: *Die Mitbestimmung*, 4/94, 27-30
- Schmidt, Alfred (1971): *Der Begriff der Natur in der Lehre von Marx*, Frankfurt am Main
- Schmid, Günter (2000): *Transitional Labour Markets. A New European Employment Strategy*; in: Marin, B./Meulders, D./Snower, D.J. (Hg.): *Innovative Employment Initiatives*. Wien, 223-254
- Senghaas-Knobloch, E. (1998): *Von der Arbeits- zur Tätigkeitsgesellschaft? Politikoptionen und Kriterien zur ihrer Abschätzung*; in: *Feministische Studien*, 2/98, 9-30
- Stolz-Willig, Brigitte/Veil, Mechthild (Hg.) (1999): *Es rettet uns kein höh'eres Wesen. Feministische Perspektiven der Arbeitsgesellschaft*, Hamburg
- Tjimes, Pieter/Luijff, Reginald (1995): *The Sustainability of our Common Future: An Inquiry into the Foundations of an Ideology*; in: *Technology In Society*, 17 (33), 327-336
- United Nations (1992): *Agenda 21*, New York
- WCED (World Commission on Environment and Development) (1987): *Our Common Future*, Oxford University Press, Oxford
- Weizäcker, Ernst Ulrich von/Lovins, Amory B. /Lovins, Hunter L. (1997): *Factor Four – living twice as well on half as much*, Earthscan, London